

Karl Jarbe

REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD

für Nordrhein-Westfalen

zur Landtagswahl am 8. Juli 1962

A 99 - 05956

①



A 99 - 05956

Herausgeber: SPD-Landesausschuß NRW Düsseldorf
Druck: Presse-Druck GmbH, Bielefeld

②

Nordrhein-Westfalen schneller voran!

Sechzehn Millionen Menschen wohnen im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen und schaffen mit ihrer Hände und ihres Geistes Arbeit jahrein und jahraus unermeßliche Werte. Mit seinen Berg- und Industriewerken, deren Namen in der ganzen Welt genannt werden, mit den mittleren und kleineren Betrieben des Gewerbes und des Handels, mit den Häfen und Äckern und mit seinem gewaltigen Verkehr ist Nordrhein-Westfalen das wirtschaftliche Kernstück der Bundesrepublik. Die Augen der weiten Welt sind auf dieses laut und emsig tätige Herz des neuen, freiheitlichen Deutschlands gerichtet.

Soweit sich Europa zu entwickeln begonnen hat und damit der alte Traum der Sozialdemokraten Wirklichkeit wird, ist NRW unentbehrlicher Teil des weitgespannten europäischen Wirtschaftsgebietes geworden, das von den großen Industrie- und Hafenstädten Hollands und Belgiens und dem Lande an Rhein und Ruhr gebildet wird.

Mit mächtigen Schritten eilen die Völker und Länder in eine neue Zukunft. Sie wollen sie im Frieden, in Sicherheit für sich und ihre Kinder und im Glück froher Gesundheit erleben. Das Land, die Nation, die da zurückbleiben, die das schnelle Tempo des Fortschritts nicht mitzuhalten vermögen, werden im großen, friedlichen Wettstreit mitzuhalten vermögen, werden im großen, friedlichen Wettstreit Kenntnisse der Wissenschaft in Technik und Wirtschaft, müssen die Erfahrungen und Ideen, die dem Wohle der Menschen nützlich sein können, sofort und praktisch angewendet werden, damit sie allen und zugleich dem Ganzen helfen.

Es genügt nicht, daß nur verwaltet wird — so macht es seit Jahren die Regierung der in NRW herrschenden Partei, die CDU. Wer zögert, wer über Statistiken, Prüfen und Erwägen nicht wagt, der gewinnt

nicht die Zukunft, die eine verantwortliche Generation für die nächste zu gestalten hat, die gesund, gesichert und in friedvoller Gemeinsamkeit leben will.

Gesundes Volk

Freie und mutige Wirtschaft

Gerechter Wohlstand

Gesicherte Zukunft

— das sind die entscheidenden Aufgaben, die denen gestellt sind, die heute den Staat bilden, und das sind die Ziele, die eine von Sozialdemokraten geführte Landespolitik in Nordrhein-Westfalen verfolgen wird.

Ein Volk, das im Bewußtsein seiner Ordnung lebt,

das seine Freiheit kennt und schätzt und bewahren will,

das Gerechtigkeit fordert und Gerechtigkeit übt,

das seinen Kindern nach ihren Kräften und Anlagen den Weg durch alle Schulen und Bildungsmöglichkeiten ebnet,

das seine Pflichten gegen die Kranken und Alten, die Arbeitsunfähigen und die Schwachen erfüllt,

das gerechten Anteil hat am Erfolg seiner Arbeitsleistung

und sich für die Wirtschaft mitverantwortlich weiß —

ein solches Volk soll in den Städten und Dörfern Nordrhein-Westfalens leben und wirken. Es wird sich seinen Frieden sichern und in der Welt den Frieden wahren und die Wohlfahrt verstärken.

Das ist eine große und notwendige Aufgabe. Die Sozialdemokraten können und werden sie erfüllen. Sie sind seit einem Jahrhundert die Vorkämpfer der praktischen sozialpolitischen Tat und haben in der Arbeit für den Menschen und für die Linderung und Beseitigung seiner Nöte in Gemeinden, Ländern und im Reiche und Bunde Erfahrungen gesammelt und Erfolge in großer Zahl errungen. Was eine Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Steinhoff 1956 bis 1958 in nur zwei Jahren anregte, vorbereitete, einrichtete und gestaltete, ist von den Nachfolgern nur verwaltet, nicht aber vermehrt worden.

Nordrhein-Westfalen darf aber nicht stehen bleiben!

Es muß voran, schneller voran!

Die zentrale Bedeutung, die NRW für die Bundesrepublik und für Europa hat, verpflichtet das Land und seine Regierung zu einer vorbildlichen Politik auf allen Gebieten der Wirtschaft, der sozialen Hilfe, der Kultur und des menschlichen Zusammenlebens. Der demokratische und soziale Rechtsstaat, den das Grundgesetz als Ziel aufstellt, muß in diesem Lande zuerst verwirklicht werden. Nur freie, gesunde und zufriedene Menschen leisten das beste und sind zugleich der sicherste Wall gegen Gewalt und Diktatur von links und rechts.

Nicht wohlfrisierte Rechenschaftsberichte, nicht tönende Aufrufe oder Reden in schönen Worten und mit Pathos schaffen die bessere Wirklichkeit, sondern die Taten sind es, die morgen schon und jeden Tag neu getan werden müssen! Wer regiert hat, der hätte sie tun können! An zu vielen Mängeln erkennen wir das Versagen der bisherigen Regierung!

Ist es so oder nicht?

In Nordrhein-Westfalen brauchen wir mehr Wohnungen! Es gibt noch Gemeinden, in denen 35 Prozent aller Einwohner in Notunterkünften hausen müssen. Die amtlichen Zahlen einer Wohnbaustatistik stimmen eben nicht. In Städten und Dörfern muß der Wohnungsbau beschleunigt werden. Die Förderungsmittel aus der Landeskasse müssen für ein Jahr insgesamt den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, die dann nach ihrem Bedarf selbst entscheiden können. Das Land kann und soll übersichtlich und vorsorgend planen. Die Gemeinden müssen auf gute Qualität der Wohnungen und auf preiswerte Miete achten. Weg mit den „Sondergruppen“ der Wohnungsuchenden! Weg auch mit den Bruchbuden von Althäusern, die nicht den notwendigen Ansprüchen genügen, die für die Gesundheit zu stellen sind. Die heute besonders schwer und konzentriert arbeitenden Menschen brauchen helle Wohnungen für sich und für ihre Kinder.

Ist es so oder nicht?

Reine Luft, reines Wasser und Ruhe vor dem Lärm der Straßen sind nötig, wenn die Menschen gesund bleiben und die Kinder gesund aufwachsen sollen. Obwohl gerade der heute noch regierende Ministerpräsident von NRW frühzeitig die Notwendigkeit erkannt hat, für reine Luft, frisches Wasser und für Ruhe zu sorgen, hat er erst im letzten Jahr (vor der Wahl!) etwas getan: er legte einen Gesetzentwurf vor, der eine Prüfung verlangt, wie groß die Verschmutzung denn sei. Wenn diese Regierung am Ruder bleibt, dann würden Jahre vergehen, ehe das Ergebnis dieser Prüfung vorliegt — und Taten wären noch immer nicht erfolgt. Eine Regierung unter sozialdemokratischer Leitung handelt sofort, denn sie weiß, wie sehr die Menschen unter dem Schmutz leiden. Der Mensch und seine Gesundheit sind das kostbarste Gut, das die Nation besitzt, und die Millionengewinne

aus der Arbeit der Menschen an Rhein und Ruhr sind dann am ertragreichsten angelegt, wenn sie für diese Menschen unmittelbar verwendet werden. Es gibt Möglichkeiten, die Luft zu säubern, das Wasser zu reinigen und den Lärm zu dämpfen — man muß sie nur ausschöpfen!

Helle Wohnungen, frische, klare Luft, gutes Wasser, der Friede stiller Straßen — das alles ist nötig, aber es ist nicht genug, um die arbeitenden Menschen gesund und lebensfroh zu erhalten. Die Kinder brauchen —

ist es so oder nicht? —

Spielplätze, auf denen sie ungefährdet in der Freude und Lebendigkeit ihrer Jugend aufwachsen können, sie brauchen Kinderhorte, damit die Kleinsten betreut werden, sie brauchen Gärten und sie brauchen wie ihre Eltern auch: Parks und Grünanlagen, Wald und Ferne. Die Menschen wollen und dürfen die Natur nicht verlieren und möchten hinaus aus dem Meer der Häuser, das sich immer weiter ausbreitet.

Gute Straßen und mehr Straßen werden dafür sorgen, daß die Verbindungen besser, die Anteilnahme der Menschen in Stadt und Land am Geschehen enger, das Miteinander größer werden. Und das ist nötig, wenn das Volk eine Gemeinsamkeit schaffen will, die es braucht.

Ist es so oder nicht?

Die Regierung Steinhoff, des Sozialdemokraten, hatte in der kurzen Zeit ihres Wirkens bereits einen **Zehnjahresplan** für die Entwicklung des Verkehrs in NRW aufgestellt. Er hätte Ordnung in den Wirrwarr des Verkehrs gebracht — wenn die CDU-Regierung ihn beachtet hätte, die dann folgte. Dieser Plan muß nun neuen Erfahrungen angepaßt und dann verwirklicht werden. Er muß und wird dazu führen, daß die Zahl der **Verkehrsunfälle** sinkt. Durch eine gründliche und Kinder und Erwachsene in Stadt und Land erfassende **Verkehrserziehung** muß größere Sicherheit für alle Menschen erreicht werden, für die Fußgänger und für die Fahrer. Die Landesregierung hat auch dort Verpflichtungen, wo die Gemeinden die Hauptlast der Verbesserung der Verkehrswege auf sich nehmen müssen. Ein **Generalverkehrsplan** muß Straße, Schiene, Wasserweg und Luftfahrt in eine Ordnung des Gesamtverkehrs einbeziehen, die diesem dichtbevölkerten Lande, dessen wirtschaftliche und politische Bedeutung so groß ist, dessen Dörfer und Städte aus allen Nähten platzen, wirklich gerecht werden kann.

Stadt und Land sind in Nordrhein-Westfalen enger miteinander verbunden als irgendwo sonst. Was der Bauer produziert, das ißt der Arbeiter in der Stadt. Her und hin müssen die Wege geebnet werden. Der Bauer ist für die Wirtschaft in diesem Lande so unentbehrlich wie

der Mann vor dem Feuer und unter Tag. Mit wachsender Sorge aber sieht der Bauer —

ist es so oder nicht? —

in eine immer unübersichtlicher werdende Zukunft. Er fürchtet die Folgen der **europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit**, obwohl er weiß, wie dringend nötig sie für unser Volk und für alle Menschen in Europa ist. Was hat aber die Landesregierung (was hat die Bundesregierung in Bonn) getan, um die Bauern auf den verschärften Wettbewerb auf dem Gemeinsamen Markt vorzubereiten? Es gibt ein ganzes Programm notwendiger Maßnahmen, von der Flurbereinigung angefangen bis zur Investitionshilfe, zur Rationalisierung und Spezialisierung der Betriebe. Aber zu einer Erfüllung eines solchen Programms sind kaum sichtbare Anfänge vorhanden. Wieder wird es der Energie und Tatkraft einer sozialdemokratisch geführten Regierung bedürfen, um das zu tun, was nötig ist, nötig für die Bauern und nötig für die Städte.

Aus ihrer Arbeit in den Gemeinden wissen die Sozialdemokraten, was vordringlich ist, was wirklich und sofort getan werden muß. In vielen Gemeinden stehen sie in der Verantwortung, und die meisten Städte Nordrhein-Westfalens werden von Sozialdemokraten geführt.

Also kennen sie auch die Notwendigkeit,

mehr für die Gesundheit zu tun. Es müssen viel mehr **Krankenhäuser** gebaut werden, denn es fehlen noch mehrere zehntausend Betten. In Stadt und Land muß die Bevölkerung in gleicher Weise wissen, daß sie, wenn es nötig wird, in ein Krankenhaus kommen kann, daß dort **die besten Ärzte** und die **modernsten** technischen und medizinischen Hilfsmittel und **Geräte** für alle zur Verfügung stehen, die ihrer bedürfen. Es fehlt an Krankenschwestern — was hat die Landesregierung getan, um diesen Beruf anziehender zu machen? Was tat sie, um eine geordnete Berufsausbildung zu schaffen? Alle erreichbaren Mittel sind einzusetzen, um die **Krebsforschung** zu fördern, die **Kinderlähmung** zu bekämpfen, die schleichende Seuche der **Tuberkulose** niederzuringen. Aus der leidvollen Erfahrung des jahrzehntelangen Kampfes für die Besserung des Loses der arbeitenden Menschen wissen die Sozialdemokraten besser als andere, welch kostbares Gut die Gesundheit gerade für die Menschen ist, die nichts als ihre Arbeitskraft einzusetzen haben, damit sie für sich und ihre Familie das tägliche Brot verdienen. Der Schutz der Gesundheit für die Erwachsenen und für die Kinder ist darum eine der entscheidenden Aufgaben, deren Erfüllung mit allen Mitteln zu betreiben ist.

Nur in einem gesunden Leib wohnt auch eine gesunde Seele. Die leibliche Gesundheit ist also die Voraussetzung für **eine gesunde Kultur.**

Die Politik, die von der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen zur Pflege der Kultur zu verwirklichen ist, muß auf die Entwicklung der Jugend zu freien, frohen und innerlich wie äußerlich starken und gesunden Menschen bedacht sein. **Spiel und Sport** sind Mittel zum Zweck, aber wirksame und nötige Mittel. In Stadt und Land müssen **Plätze** hergerichtet werden, **Turnhallen und Schwimmbäder** sind zu bauen, und es muß Geld hergegeben werden, damit die Jugend in andere Länder reisen und junge Menschen aus anderen Ländern hier treffen kann. So wächst sie in eine neue Welt hinein, die sie kennt und in der sie sich zurechtfinden wird.

Staatsbürgerliche Haltung und Gesinnung und weltoffene Klugheit müssen erworben werden, und jede Landesregierung hat die Pflicht, die jungen Menschen in Städten und Dörfern mit den Spielregeln der **Demokratie** vertraut zu machen und sie ihnen praktisch vorzuleben. Die Jugend soll kritisch beobachten, soll unabhängig denken und verantwortungsbewußt und freudig **dem Ganzen dienen** lernen.

Alle Bemühungen um **politische Bildung**, die nicht gleichzusetzen ist parteipolitischer Auseinandersetzung, sind nützlich und zu unterstützen. **Jugendvereine** müssen gefördert werden. **Jugendhäuser** sollten in Nordrhein-Westfalen in weit größerer Zahl und auch auf dem Lande entstehen, die Stätten der Begegnung auch mit der älteren Generation sein sollen. Aus dem ordentlichen Haushaltsplan des Landes wird eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung zusätzlich zu den aus anderen Quellen fließenden Mitteln Beträge zur Verfügung stellen, damit der „**Goldene Plan**“ der Deutschen Olympischen Gesellschaft auch in NRW verwirklicht werden kann. Flammende Bekenntnisse, die man in vergangenen Jahren in gleichem Sinne hörte, haben nicht ausgereicht — die Taten fehlten.

Allen Kindern in allen Städten und Dörfern des weiten Landes Nordrhein-Westfalen alle Wege zu ebnen, damit sie ihre Kräfte entfalten und ihre Anlagen uneingeschränkt zum Guten und zum Nutzen der Menschen und zu ihrem eigenen Glück entwickeln können — ist das nicht eine Aufgabe, die des höchsten Einsatzes jedes Menschen wert wäre? Das ist keine Illusion! Wenn wir alle wollen, kann diese Aufgabe gelöst werden. Der Geldbeutel des Vaters, die soziale Stellung der Familie, die große oder kleine Zahl der Kinder, die Konfession, die Zugehörigkeit zu einer Gruppe des Volkes oder eines anderen — nichts sollte hemmend im Wege stehen, wenn es darum geht, die Gaben und Fähigkeiten des jungen Menschen zu entfalten und sich entwickeln zu lassen. **Schulgeldfreiheit** muß endlich überall und für alle Schulen eingeführt werden. Das **neunte Schuljahr** ist für die Volksschulen längst als Pflichtjahr ausnahmslos erforderlich und ein zehntes sollte als freiwilliges Jahr ermöglicht werden, vor allem für

die, deren geistige Kräfte in langsamerer Entwicklung erst in den Reifejahren zu voller Entfaltung drängen. Sie sind auf dem Wege zur höheren Schule nicht zu beengen. Die berufsbildende Schule und die Fachschule müssen so in das Schulwesen eingeordnet werden, daß auch über sie **ein zweiter Weg** zu den Hochschulen des Landes führt. An allen Chancen aber muß das Kind auf dem Dorfe genauso beteiligt sein wie der Altersgenosse in der Stadt. **Mittelpunktschulen**, die Kinder aus mehreren Dörfern in einer im Mittelpunkt liegenden Schule vereinigen, müssen voll ausgebaut werden, damit sie in ihrer Leistung den Stadtschulen voll entsprechen. Überall aber, wo Kinder Schulen besuchen, soll dies an den Vormittagen geschehen und der von Kindern und Eltern, Lehrern und Behörden in gleicher Weise mißbilligte **Schichtunterricht** muß endlich verschwinden. Immer und überall muß die Leistungsfähigkeit der Schulen allen anderen Wünschen und Ansprüchen vorgeordnet werden, denn es ist das Kind, das alle und höchste Ansprüche zu stellen hat.

Wie kann eine Wirtschaft, die so spezialisiert ist wie die im Lande Nordrhein-Westfalen, den hohen Anforderungen moderner Verbraucher genügen, wenn sie nicht über höchste Leistungsfähigkeit ihrer Arbeitskräfte verfügt. Auch von diesem Blickpunkt her verdient die Schule in allen ihren Stufen Förderung und weit mehr Hilfe als ihr bisher zuteil geworden ist. Das Kapital, das dort investiert wird, verzinst sich langsam, aber es trägt höchste Zinsen. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird gerade im Blick auf die Zukunft des Landes an Rhein und Ruhr diese Aufgabe sehr ernst nehmen und mit einem Blick in eine weite Zukunft dennoch gegenwartsnahe Aufgaben erfüllen.

Im gleichen Geiste betont die Sozialdemokratie die Notwendigkeit, die **Hochschulen** des Landes, die der Geisteswissenschaften und alle anderen, zu pflegen, ihre Autonomie uneingeschränkt zu wahren und ihnen größere Möglichkeiten der Entfaltung zu bieten, als sie bisher gegeben waren. Aus den Kämpfen vergangener Jahrzehnte wissen die Sozialdemokraten, wie dringend nötig **unabhängige Lehre und Forschung** für das Wohl des Landes und für seinen Fortschritt sind, und sie werden die Lehren jener Zeiten nicht vergessen, wenn sie die Möglichkeit haben, der Freiheit geistiger Arbeit zu dienen, die nicht Interessen oder Interessenten unterworfen sein kann und darf. Dem jungen **akademischen Nachwuchs**, den Studenten und Assistenten und den Dozenten, muß das Land ermöglichen, daß sie ihrer ernstesten Aufgabe ohne die Behinderung nachgehen können, die materielle Sorge zu vielen von ihnen auch heute noch bereitet.

Freie und helfende Partnerschaft mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften ist in Nordrhein-Westfalen für jede Landesregierung



selbstverständliche Pflicht und wird von den Sozialdemokraten als Voraussetzung gedeihlicher staatspolitischer Arbeit angesehen. Es ist nicht Sache des Staates, das geistige Amt der Kirchen zu hemmen, sondern es zu fördern, das sie in eigener Verantwortung ausüben. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird keine Kirche vor der anderen bevorzugen, sie wird allen Gerechtigkeit widerfahren lassen. Öffentliche Mittel sollen dort gewährt werden, wo öffentliche Interessen sie erforderlich machen. Toleranz bleibt die Tugend, unter deren Schutz das Zusammenleben in Frieden und Achtung voneinander möglich ist.

Unter denen, die in Nordrhein-Westfalen geboren sind, wohnen jetzt **Millionen von Menschen**, die aus anderen Teilen des gleichen gemeinsamen Vaterlandes gekommen sind, die **fliehen mußten oder verdrängt wurden**. Alle haben gleiches Recht, und eine sozialdemokratische Landesregierung kennt keinen Unterschied zwischen diesen und jenen. Sie wird aber wissen, daß sie denen, die in dieses Land kamen, besondere Hilfe gewähren muß: ihr Kulturgut, das deutsches Gut ist, muß erhalten bleiben. Ihre Eingliederung, die ihnen aus Lebensart, Erfahrung und Gewohnheit schwierig erscheinen mag, bedarf des Verständnisses, auch der finanziellen Hilfe. Darauf achtet eine Regierung, die von Sozialdemokraten geführt wird. Aber sie legt auch wert darauf, daß alle Menschen, die in diesem Lande wohnen und arbeiten, gleiche Rechte neben gleichen Pflichten haben, und alle sind aufgerufen, für das Wohl des Ganzen zu wirken.

Ihnen allen steht das Recht zur Seite, dessen Schutz eine sozialdemokratische Regierung sich besonders widmen wird. Eine volks- und lebensnahe **Rechtspflege** ist die Voraussetzung dafür, daß die Bevölkerung Gerechtigkeit empfindet und sich im Schutze des Rechtes wohlfühlt. Nur dann denkt er selbst gerecht und übt Recht. Es ist vieles zu tun nötig, um Volk und Rechtspflege miteinander in Übereinstimmung zu bringen: Die Prozesse lassen zu lange auf sich warten; das Strafrecht muß modernisiert werden; es wird zu schnell verhaftet; der Strafvollzug ist neu zugestalten, um nur einiges zu nennen. Eine neue Regierung findet viele Aufgaben auf diesem Gebiet vor, die dringlich sind.

Mit einem treuen und pflichteifrigen **Beamten** ist jede Arbeit im Staate möglich und erfolgreich. Der Beamte ist nicht nur Funktionär staatlicher Einrichtungen, sondern verantwortlicher Träger der staatlichen Aufgaben. Er fand immer und findet auch künftig in einer sozialdemokratischen Regierung den Treuhändler seiner sozialen und institutionellen Stellung, die ihn auszeichnet und ihm die Gewähr der Sicherheit gibt. Das öffentliche Ansehen des Staates ist abhängig von dem Ansehen, das der Beamte sich erwirbt und seine Haltung

und Leistung sind im Auge der Öffentlichkeit Leistung und Haltung des Staates selbst. Darum wird die Leistung der Maßstab der Bewertung sein müssen, die sich im Gehalt und in den Chancen zum Aufstieg ohne Rücksicht auf formale Schranken ausdrücken muß.

Zum Regieren gehört Geld. Die Mittel, die der Staat braucht, bringen die Bürger des Staates durch ihre Steuern auf. Sie haben deshalb auch ein Recht dazu, zu erfahren, wie ihre Steuern verwendet werden, wer sie gibt und wer sie verbraucht. Ob alle in diesem Lande dem Staate geben, was sie nach ihren Kräften und im Vergleich mit anderen geben könnten, geben müßten? Die Aufgaben, die das Land zu erfüllen hat, verlangen großen Aufwand. Die Lasten aber, die der Steuerzahler zu tragen hat, gebieten große Sparsamkeit. In offener Darlegung aller Für und Wider will eine sozialdemokratische Regierung die Finanzen des Landes behandeln. Zwischen Land und Gemeinden muß nicht minder Klarheit herrschen, damit die Selbstverwaltung gestärkt wird und damit auch die eigene Verantwortung der Gemeinden, Gemeindeverbände und der Bürger selbst.

Eine gewaltige Aufgabe liegt vor einer Regierung, die das Land Nordrhein-Westfalen emporreißen muß aus einer Stagnation, die es in seiner Entwicklung hemmt. Sie kann erfüllt werden, wenn eine starke politische Kraft diese neue kommende Regierung stützt. Niemand weiß, was im Schoße der nächsten Zeit liegt, was an Lasten und an neuen Pflichten für Deutschland und damit auch für Nordrhein-Westfalen uns allen aufgegeben wird. Die Sozialdemokratische Partei ruft darum auch in diesem Lande wie in der Bundesrepublik alle Kräfte zu gemeinsamem Handeln und zu vereinter Verantwortung auf. Es hat niemand das Recht, über dem Wunsch, seine Gruppe, seine Partei, seine Meinung zu bevorzugen, das Ganze zu übersehen, das Deutschland und das deutsche Volk und deutsches Schicksal heißt. Sozialdemokraten haben zu allen Zeiten gewußt, wie nach verlorenen Kriegen und zerstörter Ordnung wieder von neuem angefangen werden mußte. Sie wissen auch, wie Stein auf Stein zu setzen ist, um in Zeiten der ruhigen Entwicklung ein breites und tragfähiges Fundament für das ganze deutsche Volk gelegt werden kann, für ein Haus, in dem alle wohnen und Schutz finden können, den Schutz, auf den jeder Mensch Anspruch hat, wenn die Wetter drohen.

Darum ruft die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen die Menschen in Stadt und Land auf, die Augen in die Zukunft zu richten und auf die Kinder, die diese Zukunft sein werden:

Für eine freie, frohe, gesunde, friedvolle Zukunft
mit den Sozialdemokraten!

